

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung



Kandidatenstudie 2013

Motive, Nominierung, Wahlkampf, Repräsentation und Demokratie
aus der Sicht der Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten

Kurzbericht von
Heiko Giebler
Josephine Lichtblau
Antonia May
Reinhold Melcher
Marcus Spittler
Aiko Wagner
Bernhard Weßels



Zusammenfassung

- Der größte Teil der Kandidierenden verfügt über einen umfangreichen Erfahrungsschatz hinsichtlich (partei-)politischer Aktivitäten. Besonders angesichts dessen, dass sie für die meisten Aktivitäten nicht bezahlt werden, sind die Erfahrungen und der damit verbundene Grad der Professionalisierung, die sie aus früheren Kampagnen, Ämtern in den Parteien und Mitgliedschaften in lokalen Vertretungen schöpfen, sehr groß.
- Um zum Nominierungswettbewerb anzutreten, reicht zumeist nicht die eigene Motivation aus, sondern ein externer Anstoß ist wichtig.
- Häufig ist der innerparteiliche Wettbewerb eingeschränkt, da nur eine Person für die Nominierung antritt.
- Kandidatinnen und Kandidaten nutzen im Wahlkampf einen „Methodenmix“: traditionelle Wahlkampfmittel (Straßenstände, Hausbesuche u.a.), Mittel des Web 2.0 (soziale Medien u.a.), Pressearbeit, Vorträge, Besuche von Organisationen und Unternehmen. Im Durchschnitt werden acht verschiedene Methoden eingesetzt.
- Fast zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten haben einen Vollzeitwahlkampf betrieben – nicht immer über den ganzen Wahlkampfzeitraum, sondern meist in der „heißen“ Phase – obwohl etwa die Hälfte für sich keine oder kaum eine Chance sah, ein Mandat zu gewinnen.
- Während politische Sachkompetenz für die Nominierung als sehr wichtig angesehen wird, wird diese für den Gewinn eines Mandats als eher unwichtig betrachtet. Als sehr wichtig werden dagegen die persönlichen Eigenschaften wie Vertrauenswürdigkeit und Sympathie angesehen.
- Dass unsere Demokratie stark von und durch die politischen Parteien geprägt wird, zeigt sich auch darin, dass für die Kandidierenden die Repräsentation der Wählerinnen und Wähler der eigenen Partei – sowohl im Wahlkreis wie allgemein – wichtiger ist als die Repräsentation des ganzen Volkes.
- Interessengruppen werden als zu einflussreich mit Hinblick auf die Gesetzgebung betrachtet. Lediglich ein kleiner Teil der Kandidierenden meint, die Gesetzgebung spiegle die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wider.
- Auch aus diesem Grunde fällt die Beurteilung der deutschen Demokratie zwar insgesamt recht positiv aus, jedoch mit deutlich kritischem Blick. Die Demokratie erscheint vielen Kandidatinnen und Kandidaten als verbesserungswürdig; besonders direktdemokratische Elemente werden als adäquate Mittel angesehen.
- Dass Demokratie auch sehr viel schlechter beurteilt werden kann als für Deutschland, zeigen die durchaus kritischen Beurteilungen der Demokratie in der Europäischen Union. Das tut dem europäischen Bewusstsein allerdings keinen Abbruch. Für die Lösung der Euro- und Finanzkrise schlagen die Kandidatinnen und Kandidaten vor allem solidarische Lösungen vor.

Impressum

German Longitudinal Election Study (GLES)
www.gles.eu

gefördert durch die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG)

WZB-Projektteam der Kandidatenstudie:

Heiko Giebler

Josephine Lichteblau

Antonia May

Reinhold Melcher

Marcus Spittler

Dr. Aiko Wagner

Prof. Dr. Bernhard Weßels

Kontakt:

Prof. Dr. Bernhard Weßels

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Abteilung Demokratie und Demokratisierung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin

bernhard.wessels@wzb.eu

Korrekturat:

Martina Sander-Blanck

Kerstin Schneider

Layout:

Ingeborg Weik-Kornecki

Druck:

besscom AG

Bessemer Straße 83-91
12103 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	6
2.	Politische Motivation und Nominierung	8
3.	Wahlkampf und Wahlerfolg	13
4.	Politische Repräsentation	20
5.	Demokratie und ihre Defizite	22
6.	Die Wirtschafts- und Finanzkrise: Schuldfrage und Lösungsansätze	25
7.	Fazit	28

Anhang

Ausschöpfung und Repräsentativität der Befragung	30
Auswahl an Publikationen aus dem GLES-Kontext rund um die Bundestagswahlen	32

1. Vorbemerkung

Wer waren die Kandidatinnen und Kandidaten der 18. Legislaturperiode? Was motivierte sie zu einer Kandidatur? Wie nahmen sie die politische Lage der Bundesrepublik wahr? Wie betrieben sie Wahlkampf? Welche Mittel wurden in welchem Umfang eingesetzt? Und letztlich: Wie sehen die Antworten auf diese Fragen im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 aus? Der vorliegende Bericht liefert genauere Einblicke in die politischen Orientierungen, Problemwahrnehmungen, Rollenorientierungen und Handlungsweisen der Kandidatinnen und Kandidaten der im 18. Bundestag vertretenen Parteien sowie der FDP, AfD und der Piratenpartei.

Die Kandidatenstudie ist Teil des bislang umfassendsten Projekts der deutschen Wahlforschung, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Langfristprogramm geförderten German Longitudinal Election Study (GLES), 2009–2017. Zu dieser Wahlstudie gehören neben der Kandidatenstudie auch repräsentative Bevölkerungsumfragen in Quer- und Längsschnittperspektive, die sowohl den Stand als auch die Entwicklung der politischen Orientierungen sowie des Wahlverhaltens abbilden und der wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich machen. Komplettiert werden die Elemente durch Analysen der TV-Duelle sowie Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung.

Die GLES-Kandidatenstudie 2013 baut dabei auf erfolgreichen Vorgängerstudien auf. Dazu zählen neben der im Rahmen der GLES durchgeführten Befragung zur Bundestagswahl 2009 die deutschen Kandidatenstudien des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES) an der Universität Mannheim aus den Jahren 2002 und 2005, die Abgeordnetenbefragungen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) 1996, 2003 und 2010 sowie die Kandidatenstudie zu den Europawahlen 2009 in 27 Ländern, die ebenfalls vom WZB koordiniert und innerhalb des von der EU geförderten PIREDEU-Projekts durchgeführt wurde. Diese Umfragen erlauben in ihrer Gesamtheit die Untersuchung von Veränderungen in der Zeit ebenso wie die Analyse von Unterschieden zwischen den Demokratien Europas.

Den Kern der diesjährigen Kandidatenstudie bilden Fragen zur Selektion und Nominierung, zu Wahlkampfaktivitäten, zu politischen Einstellungen, zu Demokratie und Repräsentation sowie Fragen zur politischen Erfahrung und dem soziodemographischen Hintergrund der Kandidaten und Kandidatinnen. Damit gibt diese Studie Einsichten in die Voraussetzungen und Funktionsweisen von politischer Repräsentation in Deutschland.

Die Ergebnisse der Befragungen von Kandidierenden dienen hierbei zweierlei Zwecken: Einerseits werden die Aussagen der Kandidierenden bezogen auf unterschiedliche Aspekte vorgestellt, die für die gesellschaftliche und wissenschaftliche Öffentlichkeit von Interesse sind. Andererseits liefern die Studien eine empirisch gesicherte Grundlage für die wissenschaftliche Beantwortung einer Vielzahl von Fragen zur Rolle von Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihrer Wahlkämpfe für die Funktionsweise unserer Demokratie.

Der vorliegende Bericht stellt die wichtigsten Ergebnisse dar: Motivation, Nominierung, Wahlkampfaktivitäten und Wahlerfolg der Kandidierenden, ihre Einstellungen bezüglich politischer Repräsentation, ihre Beurteilung der Demokratie sowie ihre Einschätzung zur Schuldfrage und den Lösungsansätzen in der Eurokrise. Im Anhang werden zudem die wichtigsten Informationen zur Repräsentativität der Befragung dokumentiert.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Kandidatinnen und Kandidaten, die an der Befragung teilgenommen haben. Wir danken dafür, dass sie sich die Zeit genommen und die Mühe gemacht haben, die Fragen zu beantworten. Als kleine Anerkennung für die Teilnahme an unserer Befragung haben wir als Projektteam für jeden ausgefüllten Fragebogen, so eine Einwilligung der Kandidatin bzw. des Kandidaten vorlag, einen Betrag von 3 Euro an UNICEF gespendet. Auf diese Weise kamen insgesamt 2.589 Euro zusammen, die Kindern in Not zu Gute kommen. Eine Spendenurkunde liegt diesem Bericht bei.

Es bleibt die Hoffnung, dass dieser Bericht ein Anreiz für all jene ist, die bisher aus den unterschiedlichsten Gründen leider nicht an der Umfrage teilnehmen konnten, bei der nächsten, für die Bundestagswahl 2017 geplanten deutschen Kandidatenstudie mitzumachen.

Das Team der GLES-Kandidatenstudie 2013

2. Politische Motivation und Nominierung

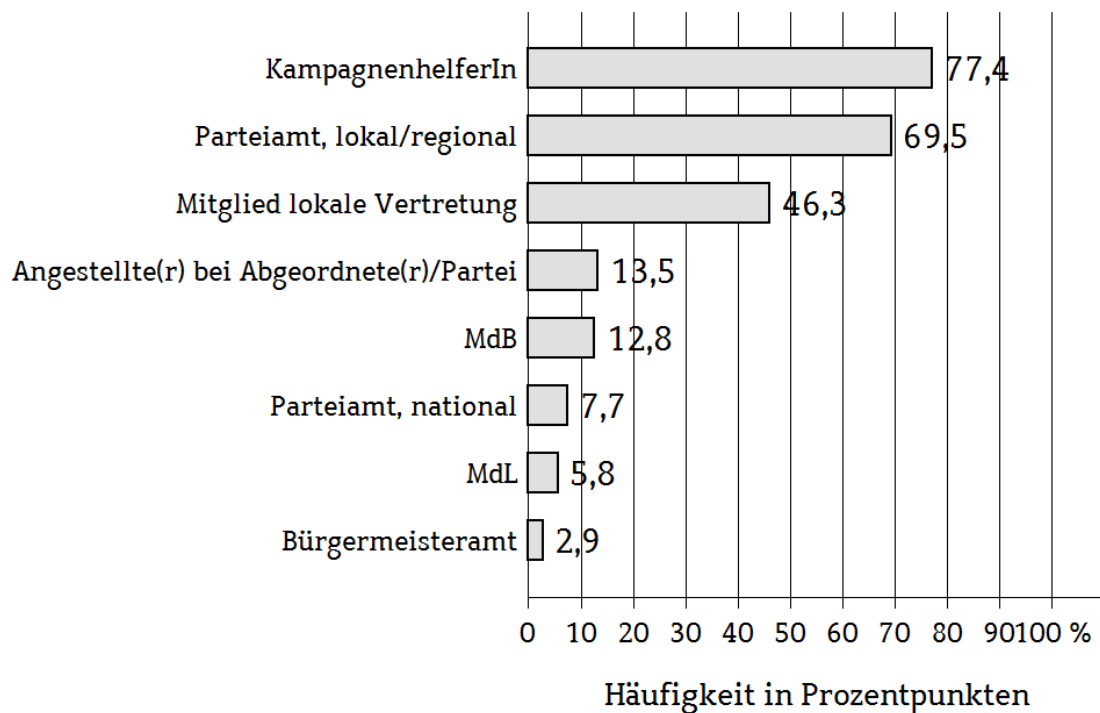
Eine Demokratie lebt nicht zuletzt vom individuellen und kollektiven Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dieses Engagement kann vielerlei Gestalt haben; in der repräsentativen Demokratie stehen jedoch Wahlen und damit auch politische Parteien im Vordergrund. Die politischen Parteien nehmen eine, wenn nicht die zentrale Rolle bei der politischen Willensbildung, den politischen Entscheidungsprozessen und der Nominierung des politischen Personals ein.

Vom Zeitpunkt eines ersten politischen Engagements oder eines Parteieintritts bis zu einer Kandidatur für ein Mandat im Deutschen Bundestag ist es jedoch ein langer Weg. Die sprichwörtliche „Ochsentour“ vom Parteibeitritt bis zum Einzug in den Deutschen Bundestag dauert im Durchschnitt länger als ein Jahrzehnt. Dies bestätigt – wenn auch aus einer anderen Perspektive – das Schaubild 1. Es zeigt, welche politischen Tätigkeiten und Ämter die Kandidatinnen und Kandidaten während ihrer politischen Laufbahn bereits ausgeübt haben.

Mehr als drei Viertel der Befragten gaben an, bereits zu einem früheren Zeitpunkt bei einer Wahlkampagne mitgeholfen bzw. -gearbeitet zu haben, und nur unwesentlich geringer fällt der Anteil derer aus, die auf lokaler oder regionaler Ebene ein Parteiamt ausfüllten oder dies aktuell ausüben. Immerhin noch annähernd jede zweite Person war Mitglied einer lokalen Vertretung wie etwa eines Gemeinde- oder Stadtrates. Deutlich geringer ist die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die bereits ein Wahlamt oder -mandat ausübten. Dies ist nicht verwunderlich, da es sich hierbei eher um spätere Karriereschritte einer politischen Laufbahn handelt (Bürgermeisteramt, MdL, MdB oder nationales Parteiamt). Auch der Pfad „Politik als Beruf“, wie eine Anstellung bei einer Partei oder einer bzw. einem Abgeordneten, gehört weniger häufig zum Erfahrungshintergrund der Kandidierenden als die Wahlkampfarbeit oder ein lokales Amt.

Verzerrt wird dieses Bild allerdings durch das Antreten der AfD und der Piratenpartei. Wegen ihrer vergleichsweise noch sehr kurzen Parteigeschichte war das Personal dieser beiden Parteien nur teilweise zu einem früheren Zeitpunkt politisch aktiv. Nimmt man Kandidatinnen und Kandidaten dieser Parteien aus der Betrachtung heraus, ergibt sich zwar eine identische Reihung der Tätigkeiten und Ämter nach ihrer Häufigkeit, aber die große Differenz zwischen der Mitarbeit in Kampagnen und lokaler politischer Tätigkeit auf der einen und den fünf anderen Kategorien auf der anderen Seite bleibt bestehen. Zu beobachten ist, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der etablierten Parteien in allen Kategorien mehr Erfahrung aufweisen.

Schaubild 1: Politische Tätigkeiten und Ämter

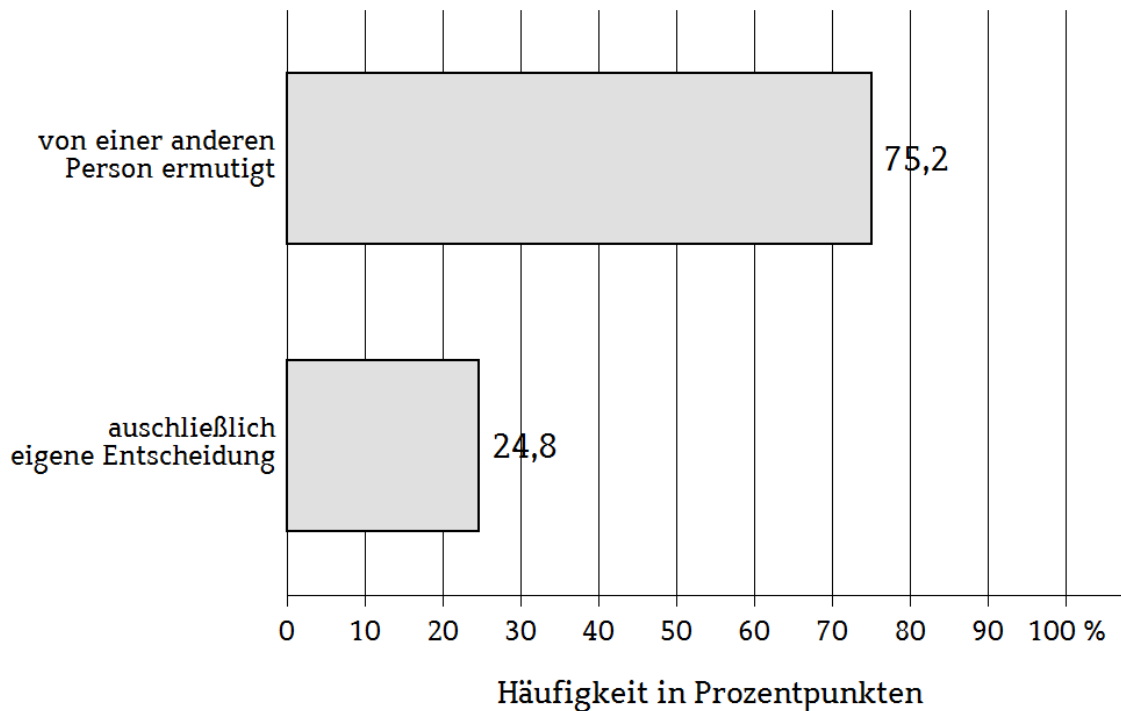


Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Politische Erfahrung ist ein Element, das die Entscheidung, für den Deutschen Bundestag zu kandidieren, befördern kann. Noch wichtiger scheint es jedoch, von anderen zur Kandidatur ermutigt worden zu sein. Denn lediglich ein Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten gaben an, die Kandidatur sei ausschließlich ihre eigene Entscheidung gewesen, drei Viertel jedoch, dass sie von einem oder mehreren anderen Menschen ermutigt worden seien (Schaubild 2).

Der Weg in die Politik und der Entschluss zu kandidieren, ist jedoch nicht nur von Erfahrung und Motivation abhängig, sondern ebenso von der innerparteilichen Zustimmung. Die Nominierung obliegt den politischen Parteien, die dem Parteiengesetz entsprechend auf demokratische Weise eine Auswahl ihrer Kandidierenden treffen. Dass es dabei im Zweifel auch um innerparteiliche Mehrheiten geht, die ein Nominierungsvorschlag für sich verbuchen kann, ist evident. Welche Eigenschaften müssen potenzielle Kandidaten und Kandidatinnen mitbringen, um von ihrer Partei auch aufgestellt zu werden?

Schaubild 2: Beweggründe für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag

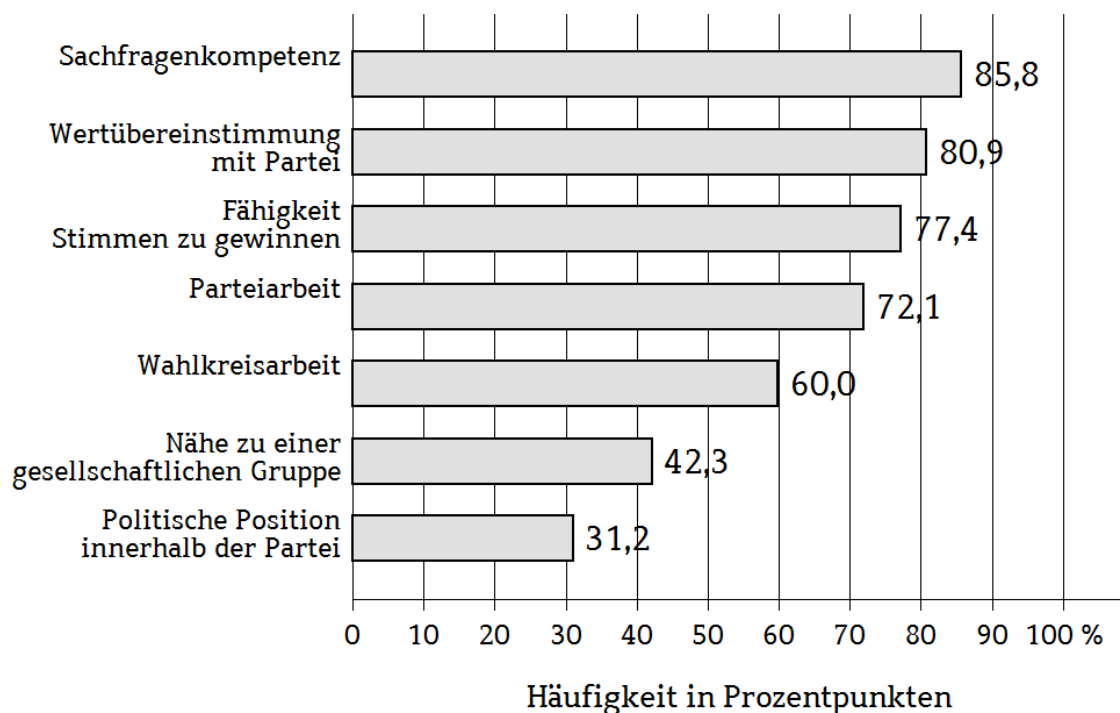


Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Aus Sicht der befragten Kandidaten und Kandidatinnen spielt die Sachfragenkompetenz die größte Rolle. Mehr als 85 Prozent sehen sie als wichtig für eine erfolgreiche Nominierung an (Schaubild 3). Auch bereits 2009 teilten die Kandidierenden diese Einschätzung. Die Sachfragenkompetenz sichert nicht nur einen inhaltlich soliden Wahlkampf, insbesondere in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern und den Medien, sondern auch – wenn ein Mandat erungen werden konnte – einen effektiven Beitrag zur parlamentarischen Arbeit. An zweiter Stelle steht für die Befragten 2013 eine Übereinstimmung mit den Werten und politischen Vorstellungen der Partei. Die Fähigkeit, Wähler und Wählerinnen für die Partei zu gewinnen, liegt mit etwa 77 Prozent an dritter Stelle. Beide Faktoren können als logische Konsequenz des Wahlsystems angesehen werden: Entsprechend der Wahl von Parteilisten mit der Zweitstimme ist es entscheidend für die Integrität der Parteipolitik, der Parteilinie zu folgen. Dagegen sind für den Erststimmenerfolg in den Wahlkreisen die individuellen Eigenschaften, Wählerstimmen zu gewinnen, von entscheidender Bedeutung. Die Bedeutung des Faktors Leistung in der Partei- und Wahlkreisarbeit für die

Nominierung verstärkt diesen Eindruck. Die individuelle Leistung innerhalb der Partei bzw. im Wahlkreis wird jeweils von 72 bzw. 60 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten als zumindest wichtig eingeschätzt. Es ist also eine Kombination aus Fähigkeiten und Leistung, die aus Sicht der Kandidierenden angesichts des Wahlsystems der Bundesrepublik erfolgreich zu einer Kandidatur führt. Vergleicht man die Ergebnisse insgesamt mit jenen von 2009, so zeigt sich ein stabiles Muster. Auch die Rangfolgen der einzuschätzenden Eigenschaften sind von 2009 zu 2013 identisch geblieben.

Schaubild 3: Zentrale Eigenschaften für die Nominierung für die Kandidatur zum Deutschen Bundestag 2013 (Einschätzung als sehr wichtig oder wichtig)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Von geringerer Relevanz für die Nominierung ist nach Einschätzung der Kandidatinnen und Kandidaten die Nähe zu einer spezifischen gesellschaftlichen Gruppe. Das hat wahrscheinlich zum einen damit zu tun, dass die untersuchten Parteien – anders als in den Parteiensystemen mancher anderer Länder (z.B. Bauernparteien, Arbeiterparteien, Steuerparteien) oder den Anfängen der Bundesrepublik (Bund der Heimatvertriebenen, Bayernpartei) – keine Parteien spezieller Gruppen sind, sondern für sich in Anspruch nehmen, das breite Spektrum aller gesellschaftlicher Interessen zu vertreten. Aber auch normative

Aspekte mögen eine Rolle spielen, denn das Grundgesetz sieht vor, dass Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sind.

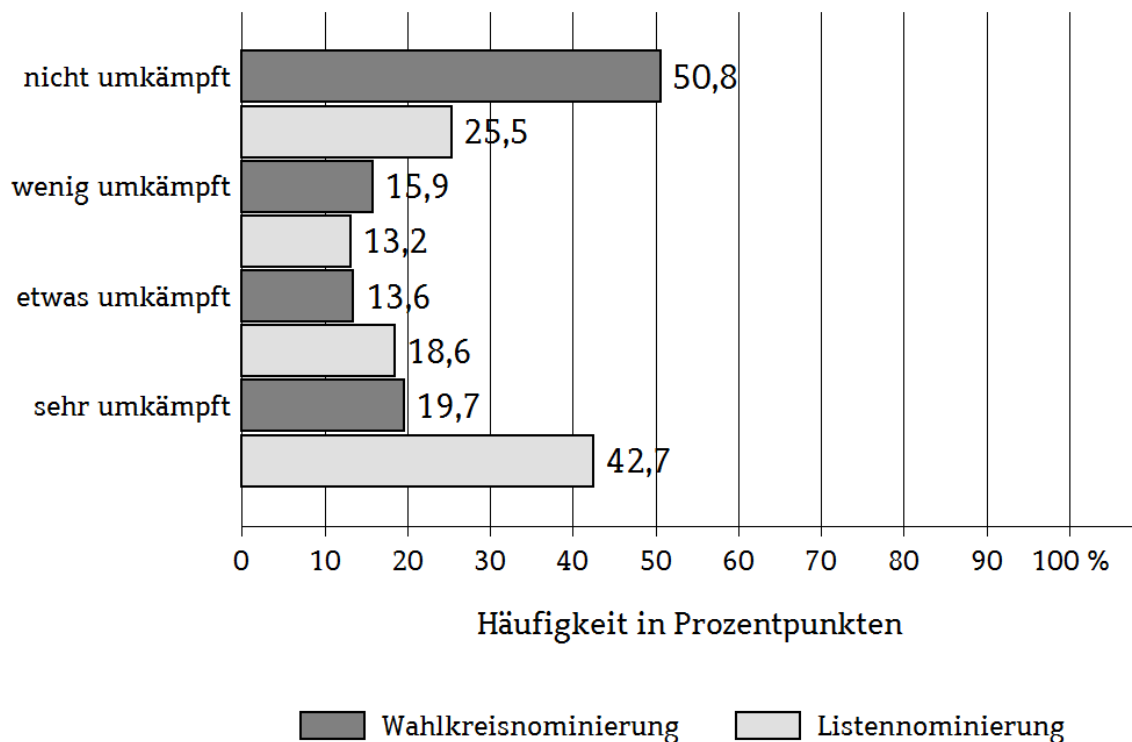
Entsprechend spielt für die Befragten die politische Position innerhalb der Partei eine vergleichsweise geringe Rolle. Zum einen ist zu vermuten, dass verschiedene Positionen sogar gewünscht sein können, um ein breites Spektrum repräsentieren zu können. Zum anderen könnten Differenzen in den politischen Positionen für die parteiinterne Arbeit deshalb weniger wichtig sein, weil die Arbeit in der Partei stark auf Konsens ausgerichtet ist, was sich nicht zuletzt auch im homogenen Abstimmungsverhalten im Bundestag zeigt. Ein Konsens ist bezüglich konkreter Inhalte deutlich einfacher zu erzielen als bei unterschiedlichen Meinungen in der prinzipiellen Wert- und Politikausrichtung – auch wenn diese letztlich die konkreten politischen Positionen beeinflussen.

Obwohl eine Beurteilung von Fähigkeiten und Leistungen, wobei Beurteilung immer auch einen Vergleich impliziert, wichtige Kriterien für die Nominierung sind, mussten sich viele der Kandidatinnen und Kandidaten – zumindest aus ihrer eigenen Sicht – gar nicht einem vergleichenden Wettbewerb um die Nominierung aussetzen. Ein Blick auf Schaubild 4 verdeutlicht, dass lediglich knapp ein Drittel der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten ihre Nominierung als etwas oder stark umkämpft wahrnahm. Im Kontrast dazu stehen die Nominierungen für einen Listenplatz. Diese wurden von 61 Prozent der Listenkandidaturen als etwas bzw. stark umkämpft eingestuft.¹

Für diesen, vor allem in Bezug auf Wahlkreiskandidaturen, doch eher gering ausgeprägten innerparteilichen Wettbewerb mag es gute Gründe geben. Einer davon könnte sein, dass trotz der bereits hohen Zahl an Personen, die in den Parteien aktiv sind, immer noch zu wenige Personen zu einer Kandidatur bereit sind. Ein anderer Grund, der insbesondere auf die Wahlkreisnominierung zutreffen mag, könnte sein, dass bestimmte Personen in ihrem Wahlkreis so gut etabliert sind, dass Alternativkandidaturen für die Nominierung faktisch chancenlos wären. Die kaum vorhandene Konkurrenzsituation bei den Nominierungen ist dabei ebenfalls kein Spezifikum der Bundestagswahl 2013. Auch bei der Bundestagswahl 2009 gaben in unserer damaligen Studie rund zwei Drittel der Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen an, dass sie die Einzige bzw. der Einzige für die Nominierung in ihrem Wahlkreis gewesen seien. Demgegenüber waren ebenso wie 2013 die Listenplätze 2009 stärker umkämpft als die Wahlkreiskandidaturen.

¹In der Grafik wird zwischen Listen- und Wahlkreiskandidaturen unterschieden. Realiter treten aber viele Kandidatinnen und Kandidaten (fast 50 Prozent) auf der Liste wie auch im Wahlkreis an. Entsprechend wurden bei diesen Personen die Informationen für beide Formen der Kandidatur abgefragt und gehen in die Berechnung für beide Kandidatortypen ein.

Schaubild 4: Innerparteilicher Nominierungswettbewerb um die Kandidatur zum Deutschen Bundestag 2009



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

3. Wahlkampf und Wahlerfolg

Wahlkämpfe sind mehr als nur eine Werbeveranstaltung für Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten. Sie geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich über das politische und personelle Angebot der Parteien zu informieren und ermöglichen so die individuelle Willensbildung. Wahlkämpfe sind deshalb zentraler Bestandteil der repräsentativen Demokratie. Mit ihrer mobilisierenden Wirkung, die Aufmerksamkeit erzeugt, sorgen sie erst für den Grad der Informiertheit, der für eine wohlabgewogene Entscheidung im Wahllokal nötig ist. Nur durch eine bewusst getroffene Entscheidung für das jeweils individuell passende Politikangebot ist sichergestellt, dass sich im Wahlergebnis auch die Bürgerinteressen widerspiegeln und in der Folge im Bundestag vertreten werden.

Auch wenn in der öffentlichen Diskussion stets auf die zunehmende Bedeutung der elektronischen Medien für Wahlkämpfe verwiesen wird, sind es Menschen, die ihn führen. Die Kandidaten und Kandidatinnen sind es, die die Wahlkämpfe

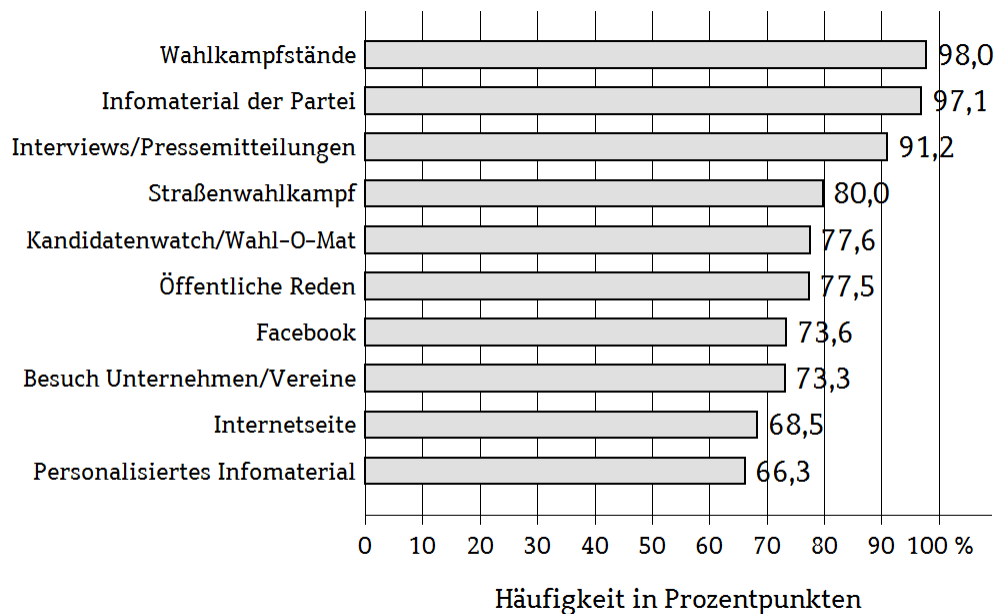
gestalten. Ohne ihre Aktivitäten gäbe es kaum Inhalte für elektronische Medien. Sie sind diejenigen, die zur Wahl stehen, um bei Wahlerfolg dann diejenigen zu sein, die handeln und entscheiden. Das Engagement der Kandidierenden ist zentral, das letztlich erst das Interesse am Wahlkampf anfacht. Um Wahlkampf zu führen, haben die Kandidatinnen und Kandidaten eine ganze Reihe von Mitteln zur Auswahl. In Schaubild 5 findet sich eine Übersicht über die zehn am häufigsten eingesetzten Mittel.

Fast alle griffen auf die klassischen Mittel des Wahlkampfstands und der Bereitstellung von parteispezifischem Informationsmaterial zurück. Nicht zufällig sind es jene Mittel, die eng mit dem zentralen Wahlkampf der Parteiorganisationen verbunden sind, da von deren Wahlkampfzentralen sowohl das Informationsmaterial als auch Unterstützung für Wahlkampfstände abgerufen werden können. Mit dem Straßenwahlkampf, dem Wahlkampf von Tür zu Tür, Unternehmens- und Vereinsbesuchen, öffentlichen Reden sowie personalisiertem Infomaterial kamen vor allem weitere klassische Wahlkampfmittel zum Einsatz.

An dritter Stelle lassen sich Interviews und Pressemitteilungen finden. Angesichts der großen Bedeutung der Massenmedien für die Informationsvermittlung und der Möglichkeit, damit auch Bürgerinnen und Bürger erreichen zu können, die keine Wahlkampfveranstaltungen oder -stände besuchen, ist dies kaum überraschend. Neben den traditionellen Mitteln der Wahlkampfführung werden aber auch solche genutzt, die als genuin modern klassifiziert werden können (Kandidatenwatch/Wahl-O-Mat, Facebook und persönliche Internetseite). Diese waren zwar auch schon bei der Bundestagswahl 2009 verbreitet, verzeichneten aber 2013 einen starken Anstieg der Nutzung. Dieser lässt sich sicher nicht allein auf die Einbeziehung der internetaffinen Piratenpartei in unsere Umfrage 2013 im Gegensatz zu 2009 zurückführen. Vielmehr verwenden nun auch die etablierten Parteien neue Wahlkampfmittel. Während 2009 nur etwa die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten das Internet für den Wahlkampf nutzte, waren es 2013 insgesamt 90 Prozent der Kandidierenden, die z.B. über eine eigene Internetseite, über Facebook oder auch mittels einer Kombination mehrerer moderner Methoden auf sich aufmerksam machten. Während neue Wahlkampfmittel häufiger genutzt werden als 2009, hat der Straßenwahlkampf an Bedeutung verloren. Während 2009 noch 96 Prozent angaben, Straßenwahlkampf betrieben zu haben, waren es 2013 nur noch 80 Prozent. Damit ist diese Form des Werbens für die eigene Person respektive für die Partei vom ersten auf den vierten Platz der Wahlkampfmittel zurückgefallen.

Die Zahlen verdeutlichen aber auch, dass die Kandidierenden auf eine Vielzahl unterschiedlichster Mittel zurückgriffen. Selbst das lediglich am zehnthäufigsten genutzte Wahlkampfmittel (personalisiertes Infomaterial) wurde noch immer in zwei von drei individuellen Wahlkämpfen verwendet. Im Durchschnitt griffen die Kandidatinnen und Kandidaten auf etwa acht Mittel in ihren Wahlkämpfen zurück.

Schaubild 5: Im Bundestagswahlkampf 2013 genutzte Wahlkampfmittel



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

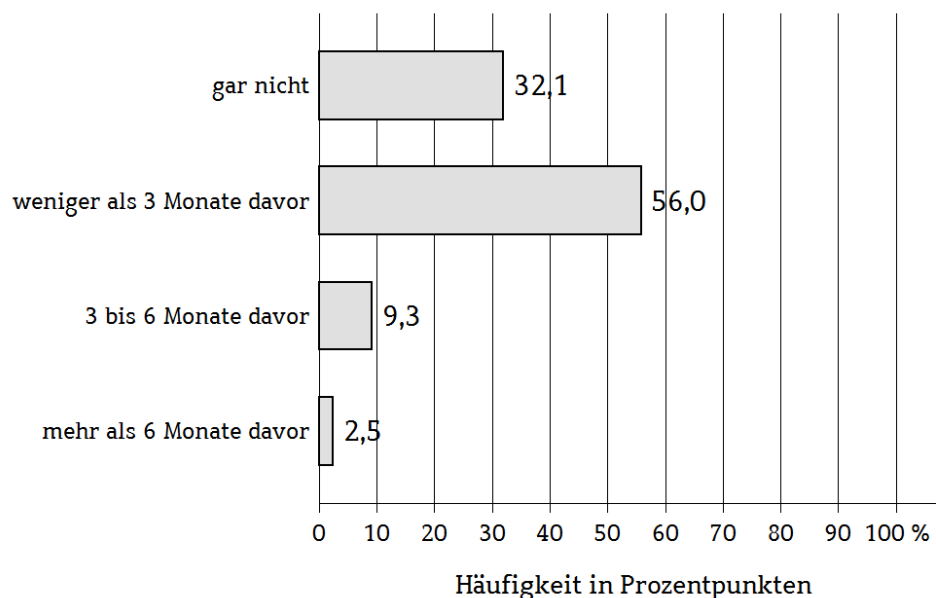
Neben dem Einsatz der geeigneten Mittel, um die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, ist für einen erfolgreichen Wahlkampf der zeitliche Aufwand eine wichtige Größe. Insgesamt widmeten sich mehr als zwei Drittel der Kandidatinnen und Kandidaten zumindest für einen gewissen Zeitraum dem Wahlkampf in Vollzeit (Schaubild 6). Das ist angesichts des Umstands, dass allenfalls ein Viertel auch ein Mandat gewinnen kann, ein beträchtliches Engagement für die jeweilige Partei und für die Förderung der demokratischen Willensbildung der Wählerinnen und Wähler. Etwa 11 Prozent starteten ihre Wahlkampfaktivitäten bereits mehr als drei Monate vor dem eigentlichen Wahltermin, der Großteil ging jedoch erst in der heißen Phase des Wahlkampfes nach der Sommerpause in den Vollzeitwahlkampf (Schaubild 6).

Im Vergleich zu 2009 zeigen sich diese Trends noch deutlicher: Nicht nur mehr Kandidierende betrieben dieses Mal Vollzeitwahlkampf, sondern auch die Kon-

zentration auf die letzten drei Monate vor der Wahl wird im Vergleich deutlicher. Die Zahl derer, die bereits in der ersten Jahreshälfte Wahlkampf betrieben, ist von 20 Prozent in 2009 auf 11,8 Prozent in 2013 gesunken. Das mag mit dem Umstand zusammenhängen, dass sich die politischen Parteien stärker darauf einstellen, dass immer mehr Wählerinnen und Wähler sich erst recht spät entscheiden und darum den zeitlichen Schwerpunkt ihrer Wahlkämpfe insgesamt zu verschieben trachten.

Auch wenn das vollzeitliche Engagement von etwa zwei Dritteln der Kandidatinnen und Kandidaten als außerordentlich angesehen werden kann, bleibt der Umstand, dass sich etwa ein Drittel zeitlich nicht so stark engagiert.

Schaubild 6: Beginn des Vollzeitwahlkampfes



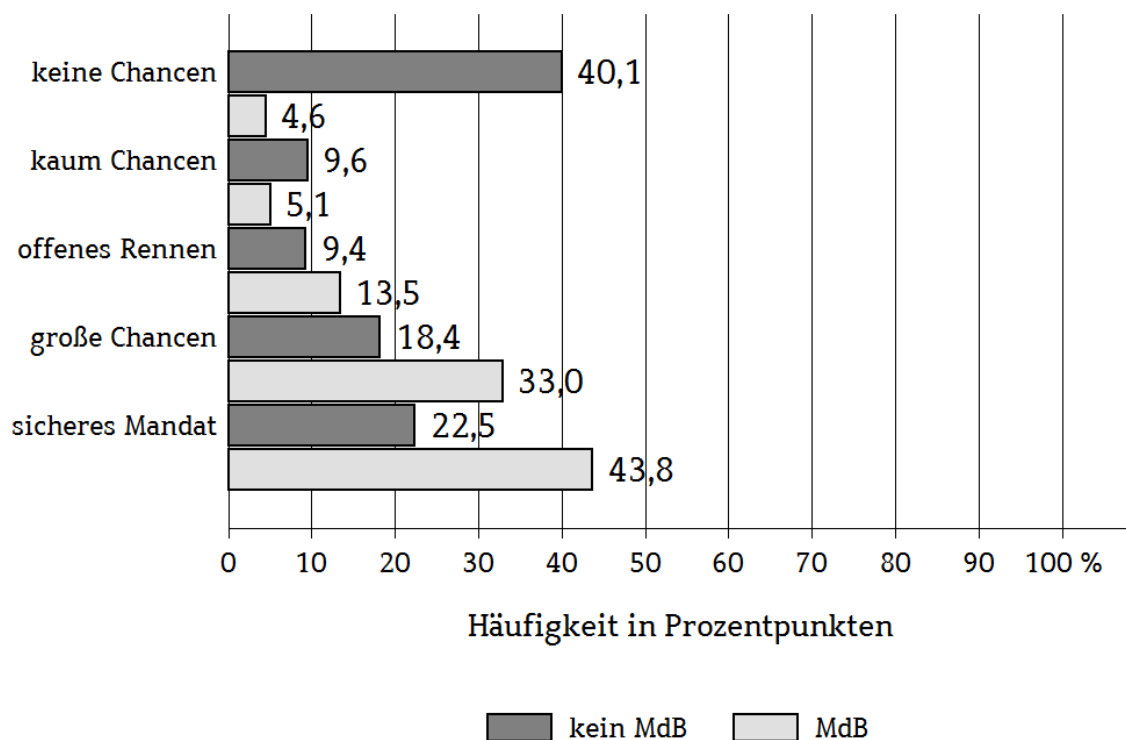
Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Ob dieses Drittel aufgrund anderer Verpflichtungen dazu nicht in der Lage oder aufgrund geringer Erfolgsaussichten nicht bereit war, bleibt eine offene Frage. Allerdings zeigt sich, dass viele Kandidatinnen und Kandidaten der Ansicht waren, dass sie keine oder kaum Chancen hätten, ein Mandat zu gewinnen (Schaubild 7). Zumindest lässt sich konstatieren, dass der Anteil derer, die nicht an einen Erfolg glaubten, im Vergleich zu den Kandidierenden der letzten Wahl deutlich gesunken ist. So sahen insgesamt 68 Prozent der nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten 2009 schon vor der Wahl keine reale Chance, in das Parlament einzuziehen zu können. In 2013 schätzen nur 40 Prozent der nicht Gewählten ihre Chance als aussichtslos ein. Angesichts der Zahl von fast 3.000

Kandidatinnen und Kandidaten allein bei den für diese Studie berücksichtigten Parteien und einer Mandatszahl von regulär 598 ergibt sich logischerweise nur eine geringe Chance auf ein Mandat. Entsprechend waren sich auch nur etwa 43 Prozent der gewählten Personen vor der Wahl sicher, dass sie ein Mandat erringen würden. Werden jene Personen hinzugenommen, die sich zwar nicht sicher waren, aber eine große Chance für sich sahen, steigt der Anteil auf fast 75 Prozent. Das spricht zumindest bei denjenigen, die tatsächlich erfolgreich waren, für ein recht gutes Einschätzungsvermögen.

Unter den erfolglosen Kandidatinnen und Kandidaten lag der Anteil zwar deutlich niedriger, war aber mit 40 Prozent derjenigen, die ihre Chancen als mindestens groß eingeschätzt hatten, recht hoch. Das mag nicht zuletzt am überraschenden Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde und an den außerordentlichen Erfolgen der CDU/CSU bei den Wahlkreismandaten liegen.

Schaubild 7: Einschätzung, ein Mandat gewinnen zu können



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Dass zeitliches Engagement und Wahlerfolg zusammengehen, zeigt sich daran, dass ohne einen Vollzeitwahlkampf die Chance auf den Gewinn eines Mandats sehr gering ist. Mehr als 95 Prozent derjenigen, die nie Vollzeit Wahlkampf betrieben, waren mit ihrer Kandidatur auch nicht erfolgreich. Damit die Kausalität

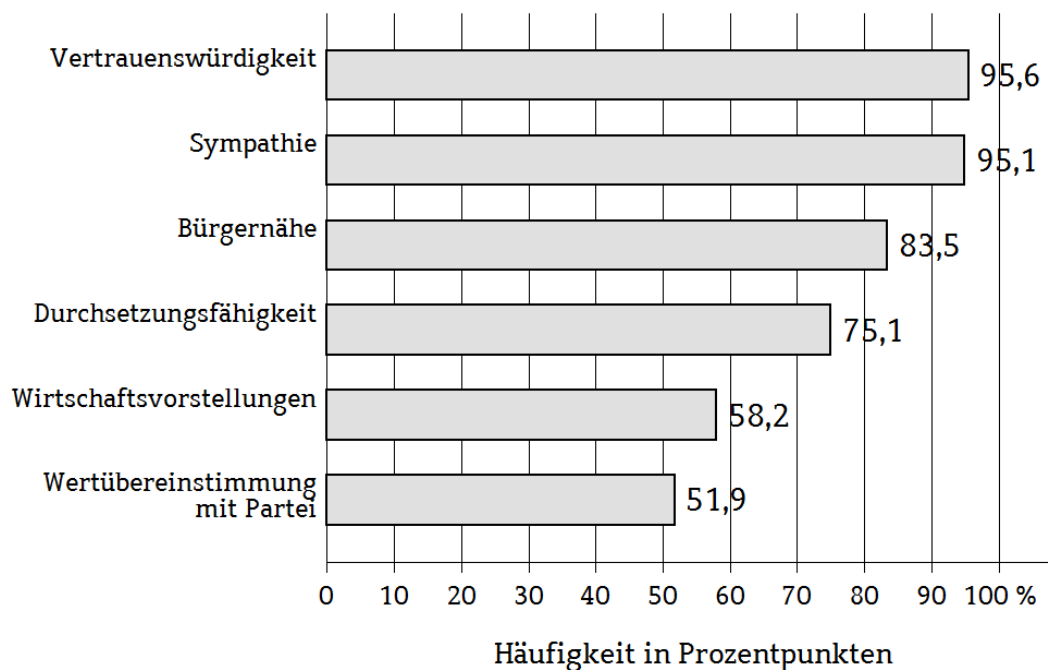
zu unterstellen, Kandidatinnen und Kandidaten, die keinen Vollzeitwahlkampf geführt hätten, hätten damit ihre eigene Prognose auf eine geringe Wahlchance erfüllt, würde allerdings zu weit gehen. Denn aus mindestens zwei Gründen sind die Wahlchancen recht ungleich verteilt: Zum einen ist bei Listenkandidaturen bereits der Listenplatz ein guter Indikator für die Wahlchance. Zum anderen gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen denjenigen, die bereits sogenannte Berufspolitiker waren, und jenen, die zur Zeit ihrer Nominierung noch nicht auf eine Karriere mit politischem Mandat zurückblicken konnten. Berufspolitiker sind eindeutig im Vorteil und gleichzeitig durch ihre Rolle schon auf ein Vollzeitengagement im Wahlkampf festgelegt.

Dass es nicht allein das Engagement im Wahlkampf ist, das über die Wahlchancen entscheidet, zeigen die Antworten auf die Frage, welche Eigenschaften für den Wahlerfolg als sehr wichtig oder mindestens wichtig erachtet wurden (Schaubild 8). Aus der Sicht der Befragten sind Vertrauenswürdigkeit und Sympathie mit jeweils über 95 Prozent die wichtigsten Faktoren, gefolgt von der Bürgernähe. Alle drei Faktoren verweisen direkt auf die wichtige Beziehung zwischen Repräsentantinnen und Repräsentanten auf der einen und der zu vertretenden Bevölkerung auf der anderen Seite. Die Komplexität und Schnelligkeit des politischen Alltags jedoch machen einen solchen permanenten Austausch nahezu unmöglich. Entsprechend ist über Bürgernähe hinaus ein gewisses Maß an Vertrauen und Sympathie unabdingbar für die Delegation politischer Entscheidungsmacht. Dass etwa drei Viertel auch die Durchsetzungsfähigkeit einer Person für den Wahlerfolg als wichtig erachten, ist vor dem Hintergrund, dass Repräsentation auch die erfolgreiche Vertretung von Interessen bedeutet, kaum überraschend. Bei der Bundestagswahl 2009 ergab sich ein ganz ähnliches Bild. Auch wenn die Antwortmöglichkeiten leichte Unterschiede zu 2013 aufweisen, ließ sich auch 2009 beobachten, dass den Eigenschaften, die auf die Beziehung zu den Wählerinnen und Wählern gerichtet sind, die größte Bedeutung eingeräumt wurde (so ließen sich 2009 auf den ersten drei Plätzen Ausstrahlung, Bürgernähe und persönlicher Charakter finden).

Inhaltliche Aspekte wurden wie schon 2009 weniger häufig als wichtige Eigenschaften für den Wahlerfolg genannt. So sind Vorstellungen, wie z. B. die Probleme der Wirtschaft anzugehen sind, aus der Sicht von weniger als 60 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten von großer Relevanz für den Wahlerfolg. 2009 war es der eher allgemein gefasste Sachverstand der Kandidaten, der mit 60 Prozent den vorletzten Platz einnahm. Wie schon 2009 erachtete 2013 lediglich die Hälfte die Übereinstimmung mit den Werten und politischen Vorstellungen

der Partei als wichtig für den Wahlerfolg. Im Vergleich mit den oben dargestellten Kriterien für eine Nominierung wird ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der Relevanz der Übereinstimmung mit der eigenen Partei deutlich. Offensichtlich wird diese als vornehmlich relevant für Prozesse innerhalb der Partei und weniger für die Außenwirkung erachtet.

Schaubild 8: Zentrale Eigenschaften für den Wahlerfolg (Einschätzung als sehr wichtig oder wichtig)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Alles zusammengenommen kann aus der Sicht der Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlerfolg nicht primär auf einen einzelnen Faktor bzw. ein einzelnes Kriterium zurückgeführt werden. Vielmehr sind ganz unterschiedliche Aspekte in ihrer Kombination für einen Wahlerfolg entscheidend. Dass es dabei aus der Sicht der Kandidierenden nicht primär um inhaltliche, sondern um eher generelle Aspekte geht, mag überraschen. Andererseits ist nachvollziehbar, dass eine Stimmabgabe zugunsten einer Person, mit der eine hohe inhaltliche Übereinstimmung gesehen, der aber kein Vertrauen geschenkt wird, eher unwahrscheinlich ist. Aus einer personenzentrierten Perspektive scheint es daher folgerichtig, generelle Personenmerkmale als entscheidend anzusehen.

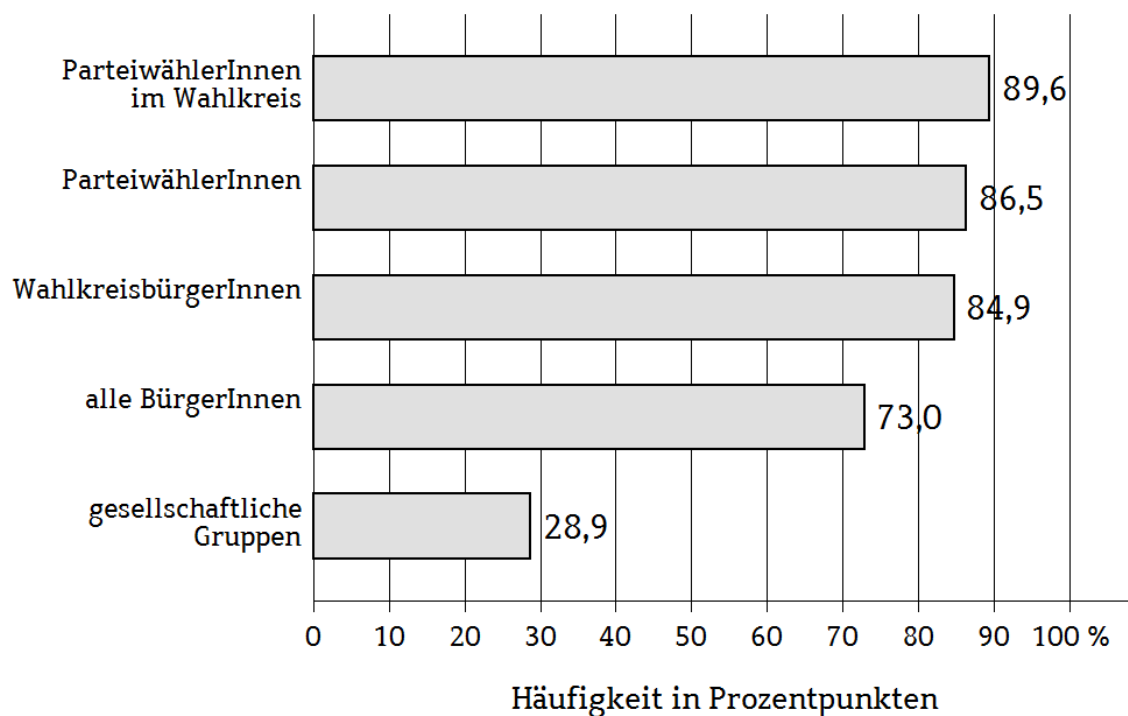
4. Politische Repräsentation

Welches Selbstverständnis haben die Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagswahl 2013 in der Frage, wen eine gewählte Abgeordnete bzw. ein gewählter Abgeordneter vertreten sollte? Das Grundgesetz wie auch das Wahlgesetz verweisen auf unterschiedliche Möglichkeiten. Artikel 38 des Grundgesetzes sieht sie als „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Artikel 21 des Grundgesetzes privilegiert die politischen Parteien, indem er ihnen die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung zuschreibt und damit den Parteien die Mittlerrolle zwischen Bürgern und Staatsorganen einräumt. Das Wahlsystem sieht wiederum vor, dass die eine Hälfte der Abgeordneten in den Wahlkreisen direkt gewählt wird und die andere Hälfte über Parteilisten in den Bundestag einzieht. Aus dieser spezifischen Kombination von grundgesetzlichen und wahlrechtlichen Regelungen ergeben sich verschiedene mögliche Perspektiven der Repräsentation. Der Mandatierung folgend, könnte beim Direktmandat die Präferenz darin liegen, die Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis zu repräsentieren, oder umgekehrt könnte beim Listenmandat die Vertretung der Parteiwählerschaft bevorzugt werden. Das Grundgesetz gibt den Abgeordneten darüber hinaus die Option, das ganze Volk zu repräsentieren.

Für welche dieser Möglichkeiten sich die Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden, ist nicht belanglos, entscheidet doch der Repräsentationsfokus darüber, wem sich Abgeordnete besonders zuwenden und besonders verpflichtet fühlen. Damit ist ein je spezifisches Mandatsverständnis verbunden, das für jeweils ein eigenes Demokratiemodell steht: Parteiendemokratie, Mehrheitsdemokratie und eine Demokratie nach Burke'schen Vorstellungen mit den vollkommen ungebundenen und nur dem Gesamtwohl verpflichteten Vertretern und Vertreterinnen des Volkes. Wenn es die Parteien sind, die von den Wählerinnen und Wählern ein Mandat für ihre Zielvorstellungen erhalten, dann sollte auch die Ausrichtung der Repräsentation entsprechend gewählt werden. Wenn dagegen Abgeordnete als Personen direkt von den Wählern beauftragt werden, dann sollte der Repräsentationsfokus weniger auf die Partei als auf die lokale Wählerschaft ausgerichtet sein. Wenn schließlich die Vorstellung der Unabhängigkeit des Repräsentierenden im Vordergrund des Demokratieverständnisses steht, kann der Fokus weder parteilich noch regional, sondern nur zugunsten des ganzen Volkes ausfallen.

Aufgrund dieser Vielfalt an Optionen, die sich aus den verschiedenen Aspekten unseres politischen Systems ergeben, fällt die Orientierung der Kandidatinnen und Kandidaten nicht deutlich zugunsten einer Option aus (Schaubild 9). Für einen Fokus im Sinne einer reinen Parteiendemokratie sprechen sich 87 Prozent aus, für einen der Mehrheitsdemokratie entsprechenden Fokus (Repräsentation der Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis) 85 Prozent und für die freie Repräsentation 73 Prozent. Der höchste Anteil an Nennungen entfällt jedoch auf eine Mischform: die Parteirepräsentation im Wahlkreis (90 Prozent). Die Repräsentation spezifischer Gruppen als weitere mögliche Option wird von lediglich 29 Prozent genannt.

Schaubild 9: Repräsentationsfokus für Abgeordnete aus der Sicht von Kandidatinnen und Kandidaten (Einschätzung als sehr oder eher wichtig)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Die hohen Anteile für jede der benannten theoretischen Alternativen zeigen, dass es für die Kandidatinnen und Kandidaten keine echten Alternativen sind, sondern eine sehr große Mehrheit mehrere Perspektiven berücksichtigt. Das Grundgesetz und das Wahlsystem produzieren in ihren Mischungsverhältnissen keine Präferenz für eine spezifische Ausrichtung und damit ein spezifisches Demokratiemodell. Die Mischung erscheint den Kandidatinnen und Kandidaten also als die beste aller Welten.

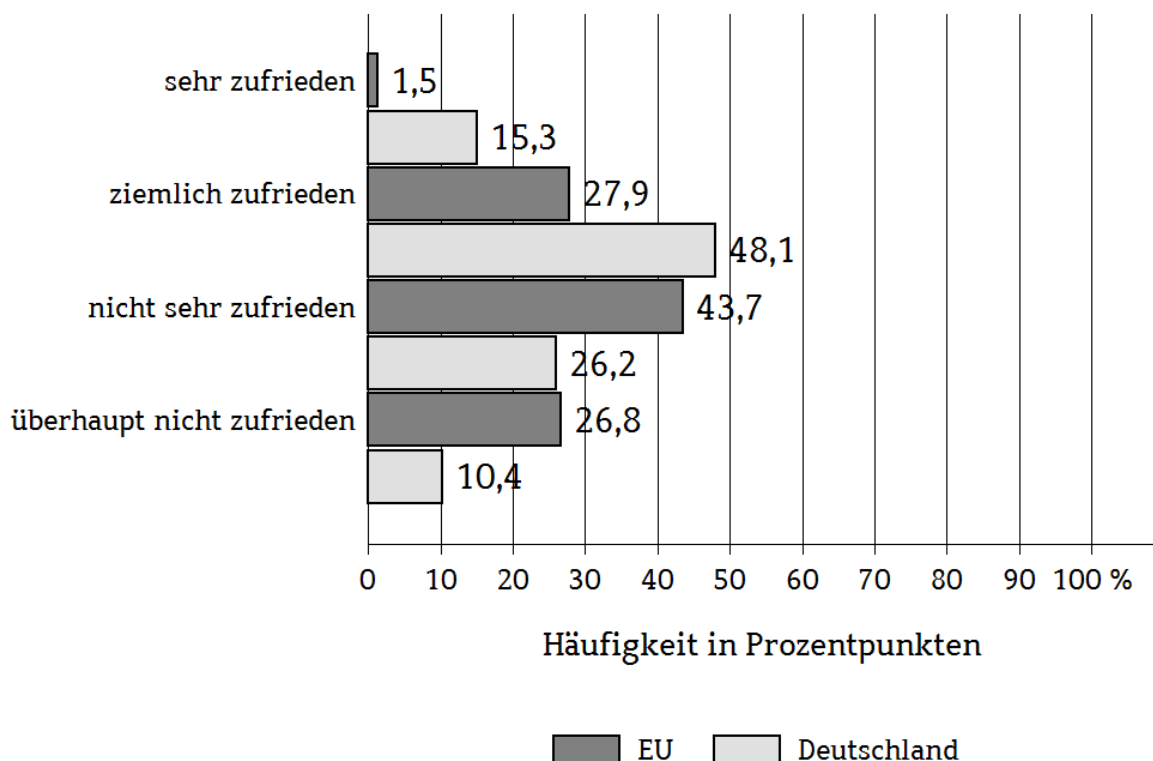
5. Demokratie und ihre Defizite

Ist die deutsche Demokratie mit ihren Mischungsverhältnissen aus Proporz- und Majorzprinzip, also aus Parteiendemokratie und Personenkomponente eine gut funktionierende Demokratie? Wie beurteilen das die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag? Sind sie zufrieden oder nicht? Fast zwei Drittel von ihnen sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden, wenn auch nur 15 Prozent der Befragten sehr zufrieden sind (Schaubild 10). Ist das viel oder wenig? Ist es ausreichend oder ein Alarmsignal, dass ein Drittel nicht zufrieden ist – wenn auch nur 10 Prozent überhaupt nicht zufrieden sind? Ein Maßstab ist der Vergleich mit den Bürgerinnen und Bürgern. Unter ihnen ergibt sich eine fast identische Verteilung. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten mit der Demokratie in Deutschland weniger zufrieden sind als die gewählten. Unter den MdBs ist der Anteil derjenigen, die sehr oder ziemlich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, mehr als 40 Prozentpunkte höher (91 Prozent) als im Durchschnitt aller Kandidatinnen und Kandidaten. Maßgeblich ist dieser große Unterschied bestimmt durch den Kandidatenpool von AfD und Piratenpartei, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland überproportional unzufrieden sind – ein Umstand, der nicht zuletzt zu ihrer Gründung beigetragen hat. Folglich fällt bei der Befragung 2013 gegenüber 2009 durch den Einbezug von AfD und Piraten das Urteil über das Funktionieren der Demokratie in Deutschland im Durchschnitt deutlich negativer aus. Ein zweiter Maßstab, mit dem sich dieses Ergebnis einordnen lässt, ist die Beurteilung des Funktionierens der Demokratie in der Europäischen Union.

Werden die Beurteilungen der Demokratie in Deutschland und in der Europäischen Union verglichen, sieht man, dass lediglich 30 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten ihr Funktionieren auf der europäischen Ebene als zufriedenstellend ansehen. Demgegenüber stehen 70 Prozent, die mit ihrem Funktionieren nicht zufrieden sind. Es ergibt sich also mehr oder minder eine genau umgekehrte Verteilung von Zufriedenen und Unzufriedenen. Im Vergleich zu 2009 zeigt sich, dass im Durchschnitt der Kandidatinnen und Kandidaten die Zufriedenheit mit dem Gelingen der Demokratie in Europa ebenso gesunken ist wie die Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie – wiederum aus denselben Gründen. Dieser Vergleich macht jedoch auch deutlich: Das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland ist zwar nicht hervorragend, aber vergleichsweise noch immer recht hoch. Demgegenüber ist die Demokratie auf europäischer Ebene aus der Perspektive der Kandidatinnen

und Kandidaten als defizitär anzusehen. Angesichts der in Folge der Eurokrise weiter wachsenden politischen Macht auf EU-Ebene gibt es hier Handlungsbedarf, besonders wenn man bedenkt, dass ein Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten mit der Demokratie in der EU überhaupt nicht zufrieden sind. Dieser Anteil lässt sich wiederum nicht allein durch die Euroskepsis der AfD erklären.

Schaubild 10: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland und der Europäischen Union

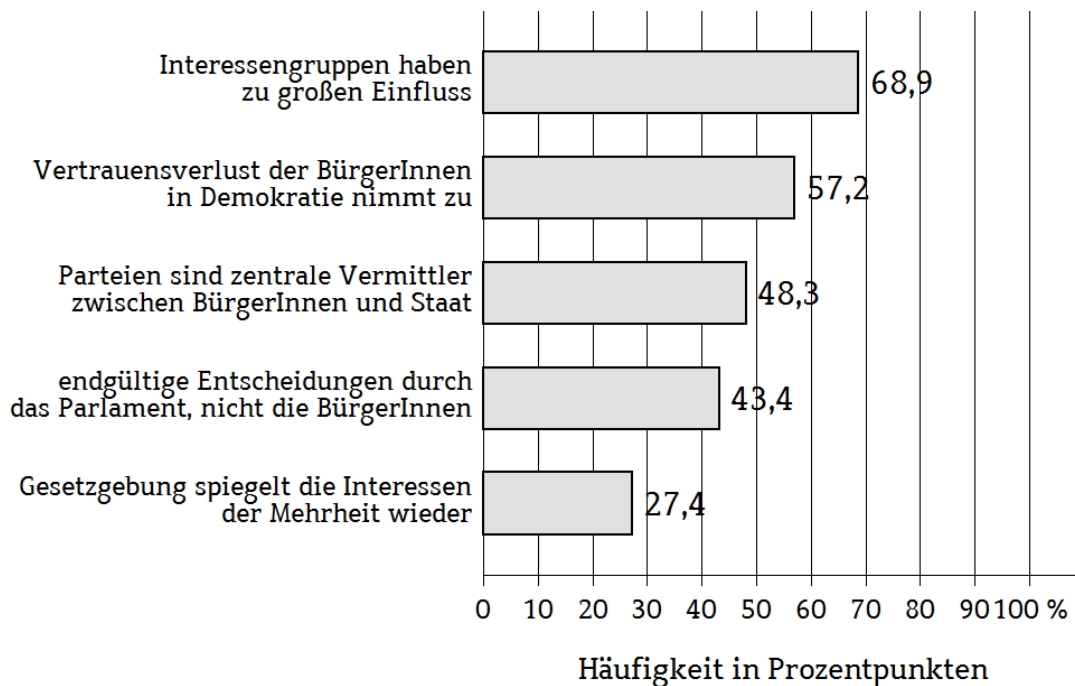


Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Auch das Bild, das die Kandidatinnen und Kandidaten von der Qualität der Demokratie in Deutschland im Einzelnen haben, ist nicht ungetrübt (Schaubild 11). So stimmen deutlich mehr als die Hälfte der Aussage zu, dass unsere Demokratie dabei ist, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu verlieren. Dass Parteien die zentralen Vermittler zwischen ihnen und dem Staat sind, wie es im Grundgesetz und Parteiengesetz heißt, wird von weniger als 50 Prozent geteilt. Weniger als 30 Prozent stimmen zu, dass die Gesetzgebung die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung widerspiegelt. Entsprechend sehen mehr als zwei Drittel einen zu großen Einfluss von Interessengruppen auf den Gesetzgebungsprozess. Vor dem Hintergrund dieses eher skeptischen Eindrucks über das Parlament als Gesetzgeber zum Wohle des ganzen Volkes ist es zumindest nicht vollkommen

überraschend, dass weniger als die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten der Aussage „Das Parlament, nicht die Wähler/-innen, sollte die endgültigen Entscheidungen über Gesetze und Politik treffen“, voll und ganz oder eher zustimmen.

Schaubild 11: Beurteilung von verschiedenen Aussagen zur repräsentativen Demokratie (voll und ganze oder zumindest eher Zustimmung zur Aussage)

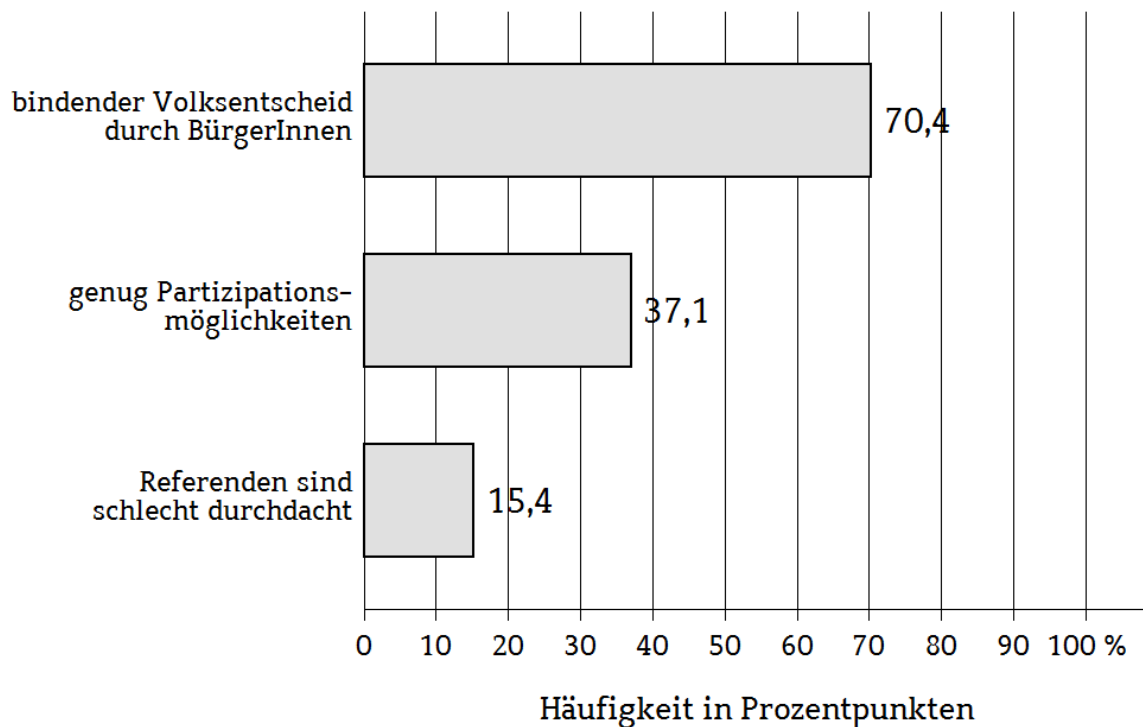


Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Dieser Skepsis gegenüber den repräsentativen Mechanismen unserer Demokratie entspricht die große Zustimmung zu direktdemokratischen Verfahren (s. Schaubild 12). Sie ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass lediglich 37 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten voll und ganz oder zumindest eher der Meinung sind, die Bürgerinnen und Bürger hätten ausreichend Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Augenscheinlich wird in direktdemokratischen Verfahren durchaus das Potenzial gesehen, bei Missständen Abhilfe schaffen zu können. Fast drei Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten stimmen der Aussage zu, die Bürger sollten das Recht haben, bindende Volksentscheide auf Bundesebene herbeiführen zu können. Dies bedeutet einen deutlichen Anstieg der Befürwortung im Vergleich zu dem entsprechenden Wert aus 2009 (66 Prozent). Dementsprechend gehen im Jahr 2013 nur etwa 15 Prozent davon aus, dass Volksbegehren aufgrund von Unbedachtheit zu schlechten Gesetzen führten – eine Veränderung um drei Prozentpunkte nach unten im Ver-

gleich zu 2009. An dieser Stelle lässt sich also ein stärkerer und stärker gewordener Zuspruch für eine direktdemokratische Öffnung des politischen Systems auf Bundesebene konstatieren.

Schaubild 12: Beurteilung von Partizipationsmöglichkeiten und direkter Demokratie (voll und ganze oder zumindest eher Zustimmung zur Aussage)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

6. Die Wirtschafts- und Finanzkrise: Schuldfrage und Lösungsansätze

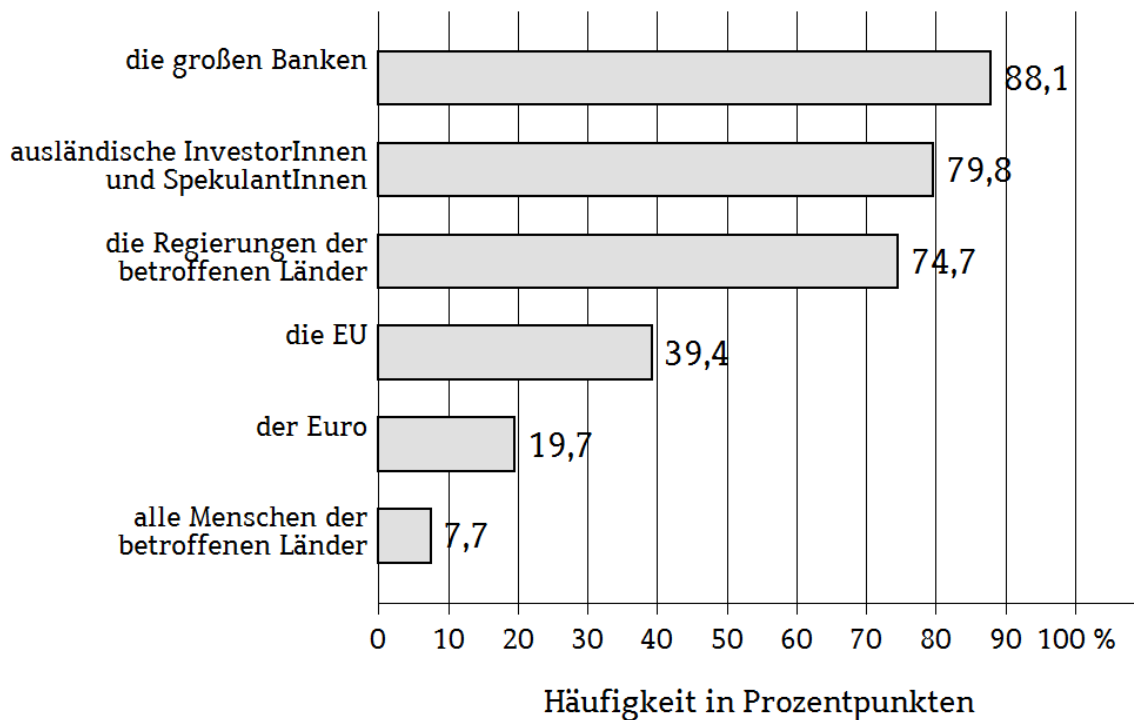
Die Funktionsweise einer Demokratie zu beurteilen, kann sich wie im obigen Abschnitt auf Input- und Prozessperspektive beziehen oder aber auch auf die Leistungsseite. Auf der Leistungsseite des politischen Systems hat in Deutschland wohl kein anderes Thema die vergangene Legislaturperiode so stark geprägt wie die Wirtschafts- und Finanzkrise. Schon bei der Bundestagswahl 2009 überschattete die schwierige Situation in den USA, aber vor allem auch in den Eurostaaten und die damit verbundene Angst vor einer Rezession in Deutschland den politischen Diskurs auf nationaler und europäischer Ebene. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde dieses Thema auch in die vorliegende Studie aufgenommen. Hierbei lag der Fokus vor allem auf zwei Aspekten: Erstens, wer

trägt Verantwortung bzw. Schuld an der Krise, und, zweitens, was sind die richtigen Lösungsansätze.

Den Auslöser der Krise sehen die Kandidatinnen und Kandidaten in erster Linie im Fehlverhalten der großen Banken (Schaubild 13). Fast 90 Prozent schreiben ihnen große oder sogar sehr große Verantwortung zu. Dass es Finanzmarktakteure sind, die an erster Stelle verantwortlich gemacht werden, zeigt sich auch daran, dass nur knapp dahinter ausländische Kapitalgeschäfte folgen. Aus der Sicht der Kandidatenschaft sind es also vor allem wirtschaftliche Akteure, die letztlich zu einer der schwersten ökonomischen Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geführt haben. Allerdings sehen auch drei Viertel der befragten Kandidatinnen und Kandidaten eine große Verantwortung bei den Regierungen der betroffenen Länder, was sicherlich eine Kritik an der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, aber auch an fehlenden Regulierungen darstellt. Nur etwa 40 Prozent sehen eine Schuld bei der EU und nur 20 Prozent eine Verantwortung bei der europäischen Gemeinschaftswährung. Die Schuldzuweisung an die europäische Adresse kommt – nicht überraschend – vor allem von Kandidatinnen und Kandidaten der AfD und – mit Abstrichen – der Partei Die Linke. Insgesamt macht nur ein sehr geringer Anteil die Bevölkerung der betroffenen Länder verantwortlich. Die Krise wird als Konsequenz von Profitstreben großer Banken und Fonds auf der einen und als Elitenversagen auf der anderen Seite betrachtet.

Wie sehen vor diesem Hintergrund sinnvolle Lösungsansätze für die Krise aus der Perspektive der Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag aus? Auch wenn Deutschland nicht mehr direkt von der Krise betroffen ist, muss es an Lösungen interessiert sein, um negative Folgen durch indirekte Aspekte, wie etwa Exporteinbrüche oder eine Schwächung des Euro abzuwehren. Ein Blick in Schaubild 14 macht deutlich, dass bezüglich der Lösungen weit weniger Einigkeit besteht, als dies in der Schuldfrage der Fall ist. Von sechs abgefragten möglichen Ansätzen zur Krisenbewältigung erhalten lediglich drei eine mehrheitliche Zustimmung. Alle drei richten sich im Grundsatz auf Unterstützungsmechanismen.

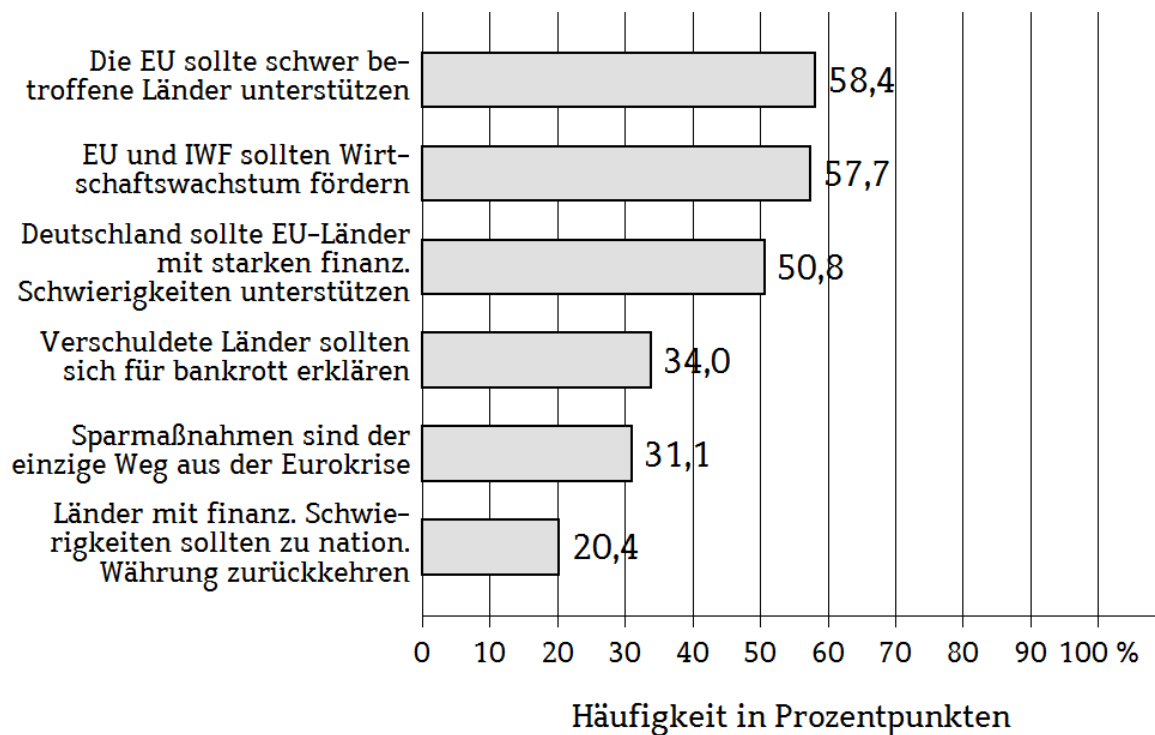
Schaubild 13: Wirtschafts- und Finanzkrise: Verantwortlichkeit (Einschätzung als sehr stark oder stark verantwortlich)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

Nahezu gleich stark werden von etwa 58 Prozent Unterstützungsmechanismen durch internationale Akteure, sowohl in einer eher allgemein gehaltenen Form (generelle Unterstützung durch die EU), als auch konkret in Bezug auf Förderung des Wirtschaftswachstums durch EU und Internationalen Währungsfonds (IWF), befürwortet. Die Kandidatinnen und Kandidaten sehen aber auch Deutschland in der Pflicht; immerhin fordern 51 Prozent eine finanzielle Unterstützung der betroffenen Länder durch die Bundesrepublik. Demgegenüber finden Lösungsvorschläge, die sich maßgeblich auf Maßnahmen durch die betroffenen Länder selbst beziehen, weit weniger Unterstützung. So bewertet lediglich ein Drittel respektive ein Fünftel die Option, verschuldete Länder sollten sich bankrott erklären (34 Prozent), bzw. die Rückkehr der Länder mit finanziellen Schwierigkeiten zur früheren nationalen Währung (20 Prozent) als eine adäquate Reaktion auf die Krise. Gleiches gilt auch für eine Politik der Austerität. Sparmaßnahmen werden von lediglich knapp mehr als 30 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten als Lösungsweg angesehen. Es sind also vor allem solidarische Lösungsansätze, die stärker befürwortet werden und in denen die Kandidatinnen und Kandidaten eine Chance zur Bekämpfung der Krise sehen.

Schaubild 14: Wirtschafts- und Finanzkrise: Lösungsansätze (voll und ganze oder zumindest eher Zustimmung zur Aussage)



Quelle: GLES-Kandidatenstudie, Bundestagswahl 2013

7. Fazit

Die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag gehören zu den „Aktivbürgern“ in der Bundesrepublik. Sie setzen sich dem politischen Wettbewerb in Nominierungsprozessen aus, nehmen die Bürde anstrengender Wahlkampfarbeit in Kauf und sind bereit, die Verpflichtungen, die mit dem Mandat einhergehen, zu erfüllen.

Ein großer Teil von ihnen war bereits in verschiedener Form politisch aktiv oder hatte politische Ämter inne. Die Motivation für eine Kandidatur kommt häufig aus ihrem Umfeld. Nur wenige gehen eine Kandidatur primär aus Eigenmotivation heraus an. Für eine Kandidatur sehen sie, dass – neben Sachfragenkompetenz und einer Übereinstimmung mit Werten und politischen Vorstellungen der Partei – die Fähigkeit, Wähler für sich zu gewinnen, der wichtigste Grund für die Nominierung ist. Die Wahlkampfmittel, die von ihnen bei der Bundestagswahl 2013 eingesetzt wurden, sind vielfältig und kommen in ihrer Vielfalt auch zum Einsatz. Eine Konzentration auf einige wenige Wahlkampfmittel gibt es nicht, was darauf verweist, dass nach Einschätzung der Kandidatinnen und Kandida-

ten verschiedene Mittel für einen erfolgreichen Wahlkampf eingesetzt werden müssen. Dabei nehmen klassische Mittel wie Straßenwahlkampf und Hausbesuche einerseits, aber auch die Möglichkeiten des Internets andererseits, zentrale Rollen ein. Sie unterstreichen, dass es in Wahlkämpfen darum geht, Politik und Personen in unmittelbaren Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen und dass es sich bei der Politik nicht um eine Einbahnstraße der Kandidatin oder des Kandidaten zu jenen handelt. Die deutliche Mehrheit engagiert sich – insbesondere in der Hochphase – in Vollzeit im Wahlkampf. Dies geschieht trotz einer weitgehend realistischen Einschätzung geringer Wahlchancen. Die Gründe für höhere Wahlchancen sehen die Kandidatinnen und Kandidaten vor allem in Persönlichkeitseigenschaften, die eine positive Resonanz bei den Wählerinnen und Wählern erzeugen können.

Das von den Kandidatinnen und Kandidaten entstehende Bild ist damit eines, das in Bezug auf das Politische eher für eine inhaltlich-idealistische als eine instrumentell-strategische Orientierung spricht. In Bezug auf das Ziel in einer Wahl, nämlich Mandate zu gewinnen, wird eine recht realistische Perspektive zum Zusammenhang von persönlichen Eigenschaften, Wahlkampfmitteln und Wahlchancen von ihnen gezeichnet. Das ist auch nicht überraschend, gehören doch die Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag zu den politisch interessiertesten und aufmerksamsten Bürgerinnen und Bürgern.

Nicht zuletzt deshalb war und ist es interessant, ihre Urteile über Repräsentation und Demokratie in Deutschland zu beleuchten – wie auch zu den Aspekten der Eurokrise. Die Urteile fallen vorsichtig abwägend aus. Dem Funktionieren der Demokratie wird generell ein gutes Urteil ausgesprochen, allerdings nicht in jeder Hinsicht. Insbesondere Mitwirkungsmöglichkeiten seien nicht allen Bürgerinnen und Bürgern in gleicher Weise zugänglich, und auch die Gesetzgebung wird als nicht ausreichend repräsentativ angesehen. Es sind die Verfahren der Willensbildung und Entscheidung, bei denen eine überwiegende Mehrheit von ihnen Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Demokratie sieht: Mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger durch mehr direkte Demokratie ist für viele eine sinnvolle Verbesserung der aktuellen institutionellen Ordnung. Ebenso abwägend fällt das Urteil über die Schuldfrage und die Lösungsmöglichkeiten der Eurokrise aus. Zwar werden wirtschaftliche Akteure der Finanzmärkte als die Hauptschuldigen angesehen, die Politik aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Dass Lösungsstrategien eher in Unterstützungsmaßnahmen für schwer gebeutelte Länder gesehen werden als in Maßnahmen, die die Länder sich selbst überlassen, spricht für die starke Integration Deutschlands in die Europäische Union.

Anhang

Ausschöpfung und Repräsentativität der Befragung

Für die vorliegende Studie wurden Kandidatinnen und Kandidaten der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien sowie der FDP, der AfD und der Piraten berücksichtigt. Sämtliche Listen- und Direktkandidatinnen und -kandidaten dieser Parteien wurden eingeladen, an der Studie teilzunehmen. Es handelte sich dabei um insgesamt 2.776 Personen, von denen sich insgesamt 1.137 Kandidatinnen und Kandidaten an der Studie beteiligt haben. Dies entspricht einer Ausschöpfungsquote von 41 Prozent.

Wie repräsentativ ist die Auswahl der untersuchten Kandidatinnen und Kandidaten im Vergleich zur Grundgesamtheit? Um zu beurteilen, inwieweit die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich an der Studie beteiligt haben, die Grundgesamtheit abbilden, kann ein Blick auf Tabelle 1 geworfen werden. In dieser können unterschiedliche Charakteristika der Kandidatinnen und Kandidaten nach Teilnahme verglichen werden.

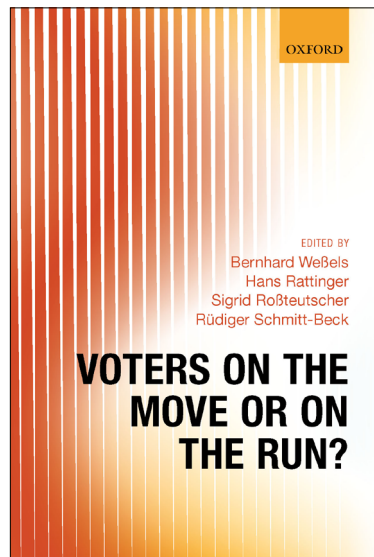
Tabelle 1:
Charakteristika der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kandidatenstudie 2013 im Vergleich zu sämtlichen Kandidatinnen und Kandidaten

Charakteristika	Verteilung der Teilnehmer/-innen (in %)	Verteilung aller Kandidaten/-innen (in %)
Modus der Kandidatur		
Listenkandidatur	25,2	30,6
Wahlkreiskandidatur	23,8	22,1
Wahlkreis- und Listenkandidatur	51,1	47,3
Mitglied des deutschen Bundestages		
ja	20,4	22,7
nein	79,6	77,3
Parteizugehörigkeit		
SPD	16,3	15,4
CDU	12,9	16,1
CSU	02,1	3,1
FDP	12,6	13,1
Bündnis 90/Die Grünen	15,0	13,2
DIE LINKE	13,7	12,4
Piratenpartei Deutschland	16,1	13,8
Alternative für Deutschland	11,3	13,0
Geschlecht		
weiblich	28,1	28,9
männlich	71,9	71,1
Alter in Jahren (Durchschnitt)	45,9	46,1
Anzahl (N = 100 %)	1137	2776

Ausgewählte Publikationen der German Longitudinal Election Study (GLES) zu den Bundestagswahlen 2009 und 2013



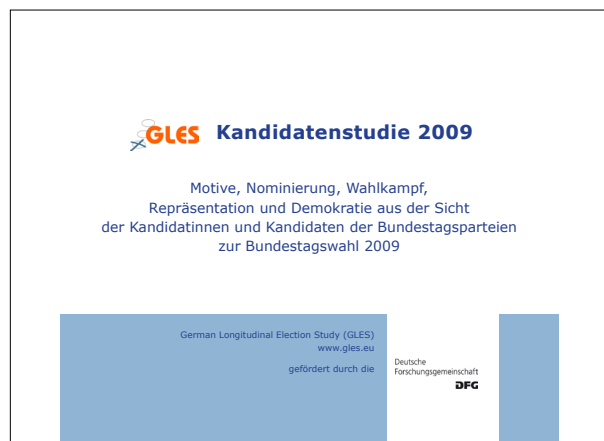
Rüdiger Schmitt-Beck, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Bernhard Weßels, Christof Wolf u.a., 2014: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos.



Bernhard Weßels, Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher und Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.), 2014: Voters on the Move or on the Run. Oxford: Oxford University Press.



Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Weßels u.a., 2011: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos.



Heiko Giebler, Thomas Gschwend, Sara Schlote, Hermann Schmitt, Maike Vollmar, Bernhard Weßels, Andreas M. Wüst und Thomas Zittel, 2012: GLES Kandidatenstudie 2009: Motive, Nominierung, Wahlkampf, Repräsentation und Demokratie aus der Sicht der Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestagsparteien zur Bundestagswahl 2009. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/kandidatenstudie_2009.pdf